

## Kennedy gegen Abbruch in Genf

### Keine Aussicht auf baldige Lösung der Berlin-Frage

Washington (dpa/ap). Präsident Kennedy hat sich auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz trotz der grundsätzlichen amerikanisch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten über die Kontrolle eines Kernwaffen-Versuchsstopps gegen einen Abbruch der Genfer Abrüstungsverhandlungen ausgesprochen. Der amerikanische Präsident vertrat die Auffassung, daß ein

### Schüsse auf US-Wagen

Berlin (ap). Sowjetzonalen Polizisten haben einen Wagen der amerikanischen Militärmission bei Gotha in der Sowjetzone beschossen. Wie von alliierten Kreisen in Berlin mitgeteilt wurde, wurde keiner der Insassen verletzt, obwohl der Wagen von Kugeln durchsiebt wurde. Der Vorfall ereignete sich bereits vor einigen Tagen, wurde aber erst jetzt mitgeteilt.

Der beschossene Wagen gehörte zu der amerikanischen Militärmission beim sowjetischen Oberkommandierenden in Potsdam, Marschall Konjew, und befand sich auf einer Dienstfahrt.

Verzicht auf weitere Gespräche ein Fehler sei, da die Aussichten der Genfer Konferenz keineswegs schon erschöpft seien. Es sei auch klüger, betonte der Präsident, die Berlin-Besprechungen zwischen Rusk und Gromyko fortsetzen zu lassen, bis sie eine abschließendere Phase erreicht hätten als die gegenwärtige. Es bestehe allerdings keine Aussicht auf eine baldige Regelung der Berlin-Frage.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz bestritt Kennedy, jemals gesagt zu haben,



„Hoffentlich schmeckt den Herren der Kombinationscocktail!“

daß die Vereinigten Staaten bereit seien, ihre Forderungen auf Inspektionen in der Sowjetunion bei einem Verbot der Kernwaffenversuche fallenzulassen. Es sei lediglich gesagt worden, daß diejenigen, die mit einem System von Kontrollen außerhalb der Sowjetunion einverstanden seien, einsehen müßten, daß es nicht möglich sei, einwandfrei zwischen einem Erdbeben und einer Kernwaffenexplosion zu unterscheiden.

### Dramatische Flucht

London (dpa). Drei blinde Passagiere, die sich im tiefsten Laderaum des polnischen Frachters „Jaroslaw Dabrowski“ versteckt hatten, wurden im Londoner Hafen von Dockarbeitern und einem starken Polizeiaufgebot befreit. Es handelt sich wahrscheinlich um Flüchtlinge, die England erreichen wollten, um dort um politisches Asyl zu bitten.

## Pankow belästigt Jugoslawen

### Messe-Besucher bis zu 24 Stunden festgehalten — Scharfer Protest

Belgrad (dpa). Jugoslawien hat durch seinen Gesandten in Ost-Berlin beim Sowjetzonen-Außenministerium gegen Belästigungen jugoslawischer Staatsangehöriger bei der Heimreise von der Leipziger Messe protestiert. Mehrere prominente Besucher, unter ihnen hohe Wirtschaftsfunktionäre und Beamte der Nationalbank, waren von der „Volkspolizei“ an den Grenzübergängen aus dem Schlafwagen geholt und bis zu 24 Stunden festgehalten worden.

Die Belgrader Regierungszeitung „Politika“ meldete zusätzlich, auch das in der Zone gastierende Musikensemble von Radio Belgrad werde unfreund-

lich behandelt. Ungeachtet des

Kulturaustauschabkommens habe Pankow willkürlich die vertraglich vorgesehenen zwanzig Konzerte auf sechs gekürzt. Die Zeitung schließt aus dieser „Häufung jugoslawienfeindlicher Zwischenfälle“, daß es sich nicht nur um Entgleisungen, sondern um gezielte Maßnahmen handele.

Wenige Stunden nach Überreichung des Protestes meldete die jugoslawische Nachrichtenagentur tanjug, die zuständigen Pankower Stellen hätten sich wegen der Belästigungen der Leipzig-Besucher entschuldigt und eine Prüfung der Zwischenfälle zugesagt.

## Zwei Scheiben Wurst

E.-A. J. Wachsam und mißtrauisch verfolgt man in Berlin die Tatsache, daß Pankow seit einiger Zeit Westberlinern, die ins Ausland reisen wollen oder aus dem Ausland zurückkehren, ein Visum abverlangt. Es kostet fünf Mark und wurde bisher — wie oft und an welchen Personenkreis läßt sich kaum noch feststellen — meist an den Zonenkontrollpunkten ausgehändigt. Und wer zahlt nicht fünf Mark, wenn er bedacht darauf ist weiterzukommen?

Man weiß freilich in Berlin zu gut Bescheid, um zu glauben, es gehe den Zonenbehörden bei diesen widerrechtlichen Maßnahmen um eine zusätzlich einträgliche Nebeneinnahme. Gewiß, das ist es auch. Aber der eigentliche Zweck liegt tiefer. Es handelt sich darum, West-Berlin um eine weitere Nuance von der Bundesrepublik zu trennen, das Gefühl in der Öffentlichkeit zu verstärken, daß es etwas prinzipiell anderes sei, ob einer aus Berlin stamme oder aus dem Bundesgebiet. Der politische und staatsrechtliche Status des Berliners soll als prinzipiell von den anderen Deutschen verschieden gekennzeichnet werden.

Natürlich stellen die Visa für Berliner Auslandsreisende nur die erste Stufe des hinterhältigen Planes dar. Eines Tages werden alle, das heißt alle zu Lande Reisenden, welche die ehemalige Hauptstadt verlassen oder besuchen wollen, ein Transitpapier Pankows benötigen. Das wären dann genau zwei Scheiben von jener Wurst, die der Salamitaktik ihren appetitlichen Namen verliehen hat. Eine Scheibe jetzt, die andere später. Wobei man sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genug tun kann, die ausgesprochene Befürchtung, bald müßten die Berliner für alle Reisen in die Bundesrepublik ein Visum vorzeigen, als böswillige Verleumdung zurückzuweisen.

Natürlich wird wegen einer solchen Lappalie kein Schuß fallen. Die Bundeskasse, die so vieles schluckt, dürfte im übrigen auch für die Rückerstat-

tung der den armen Berlinern abgeknöpften fünf Mark noch einige Millionen in Reserve haben. Geht es aber darum? Werden hier nicht wieder die roten Pföcke einige Meter vorgesteckt, ohne daß man die Kommunisten daran hindert? Klar, daß die atomare Ab-

man in größerem Maßstab zu verweigern beginnt? Wer wag denn noch zu erklären, der Visumzwang fehle jede Rechtsbasis? Sind nicht die Straßen und Schienen, die in die Bundesrepublik führen, als normale, jedem Berliner prinzipiell offenstehende Verkehrswege ver-



Kontrollpunkt Invalidenstraße — britischer Sektor. Der Wagen des sowjetischen Stadtkommandanten Solowjew verläßt West-Berlin. Er besuchte den freien Teil der Stadt, um die sowjetische Wacheinheit im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis zu inspizieren. Der Umweg über den Kontrollpunkt im britischen Sektor erklärt sich aus den gegenseitigen Besuchsverboten des amerikanischen und sowjetischen Kommandanten für ihre Sektoren.

schreckung nicht in Tätigkeit tritt, wo die Schutzmächte nicht einmal einen Panzer vorschicken würden, um auch nur einen einzigen Westberliner ohne Visum über die Autobahn zu schleusen.

Wer Visa ausstellt, behält sich das Recht vor, sie auch zu verweigern. Was wird, wenn

traglich garantiert? Man wird die neueste Schikane Pankows genau beobachten und sie bei den eben andauernden Verhandlungen über den Interzonenhandel berücksichtigen müssen. Sie setzen vertraglich einen „reibunglosen“ Berlin-Verkehr voraus.

## Vatikan erkennt Oder-Neiße-Linie nicht an

Bonn (kna). An der Haltung des Vatikans in der Frage der Diözesangrenzen in den polnisch und sowjetisch verwalteten deutschen Ostgebieten hat sich nichts geändert. Mit dieser Erklärung beantworteten der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Frings, der deutsche Kurienkardinal Bea und der deutsche Vertreter beim

Vatikan, Botschafter van Scherpenberg, eine entsprechende Anfrage von Staatssekretär Nahm. In der Antwort heißt es, der Vatikan werde keiner Änderung von Diözesangrenzen zustimmen, solange nicht ein allgemein anerkannter, völkerrechtlich verbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden sei.

## „Schwere Provokation“ Sowjetzonalen KZ-Wächter spielten verrückt

Eigentümliche Vorstellungen von Provokationen haben die Grenzvospos und Zöllner der sowjetzonalen Machthaber. Auf dem Havelsee bei Niederneudorf verläuft die Zonengrenze viele Kilometer genau auf der

gesehenen elf Schildern mit der Aufschrift „Hier endet West-Berlin“ konnten aber nur acht „gesteckt“ werden, denn bei Ulbrichts KZ-Wächtern brach eine Panik aus.

Ihre Polizei- und Zollboote, die in letzter Zeit mehrfach und an verschiedenen Stellen diese von ihnen so gehütete Grenze selbst verletzt hatten, tauchten auf; die schwerbewaffnete Besatzung erzwang unter Hinweis darauf, daß es sich um eine „schwere Provokation“ handele, das Einstellen der Arbeiten.

Nun mußte der stellvertre-

tende französische Stadtkommandant mit einem Personewagen, einem Jeep voll Soldaten und einem Schützenpanzer an die Havel fahren, um dann in einem Boot der Westberliner Wasserschutzpolizei den „Tatort“ zu besichtigen.

Hoffentlich sagt er seinem sowjetischen Kollegen gründlich die Meinung, denn inzwischen kurven die kommunistischen Boote demonstrativ in Slalomfahrt zwischen den alten und neuen Pfählen herum, als handele es sich um eine willkürliche Grenzverlegung.

Daß sie dabei ständig auch auf Westberliner Gebiet Wellen machen, darf aber natürlich niemand eine Provokation nennen.



Mitte der Wasserfläche. Die Westberliner Behörden hatten vorher dort Schilder in dem klaren Wasser aufgestellt, auf denen stand „Achtung, ca. 20 m bis zur Zonengrenze“.

Nun begannen Arbeiter einer vom Senat beauftragten Firma, diese Schilder zu beseitigen und dafür neue Pfähle genau auf der unsichtbaren Grenze einzurammen. Ein Vermessungstrupp des Senats legte noch einmal zentimetergenau den Verlauf fest. Von den ursprünglich vor-

## Vopos haben nichts Besseres zu tun Mauer wird repariert — Schadhafte Zementblöcke ausgewechselt

Volkspolizisten und Ostberliner Arbeiter haben unter Aufsicht mit Instandsetzungsarbeiten an der Berliner Mauer

begonnen. In erster Linie wurden schadhafte Zementblöcke ausgewechselt.

Nach Mitteilung der Westberliner Polizei waren etwa 70 Mann mit den Reparaturen beschäftigt, die sich vor allem auf vier Sektorenübergänge für Berliner und Besucher aus der Bundesrepublik konzentrierten. Meldungen über Schwierigkeiten an den Übergängen lagen jedoch am Sonnabend nicht vor.

## Bund erhöht Zuwendungen

Bonn (dpa). Der Bund wird seine Zuschüsse für West-Berlin in diesem Jahr gegenüber 1961 um 765,9 Millionen auf 3,607 Milliarden DM erhöhen. Die Erhöhung ist nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums vor allem auf die verstärkte Bundeshilfe für Berlin wegen der Auswirkungen des 13. August zurückzuführen.

## Pankow gibt in der Visa-Frage nach

Berlin (Eigenbericht). Die zuständigen Pankower Stellen haben den Versuch aufgegeben, einen Visumzwang für Westberliner einzuführen, die über die Bundesrepublik in das Ausland reisen oder von dort zurückkehren. Vorstellungen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel unter Hinweis auf das Junktim zwischen dem Warenaustausch und dem freien Berlin-Verkehr haben die Verhandlungspartner in Ost-Berlin zu der Erklärung veranlaßt, derartige Visa für Westberliner seien wie bisher auch in Zukunft nicht erforderlich. Die Versuche der letzten Tage beruhten auf einem Mißverständnis untergeordneter Organe.

## Bonn prüft „Fall Seigewasser“

### Gesetzgeberische Initiative erwogen

Bonn (Eigenbericht). Das Bundeskabinett erörterte im Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftreten des SED-Staatssekretärs Seigewasser in der Bundesrepublik gesetzgeberische Maßnahmen, mit denen Zonenfunktionäre am Überschreiten der Grenze gehindert werden könnten. Es kam jedoch noch zu keiner Entscheidung darüber, ob das seinerzeit vom Bundestag verworfene „Gesetz über die Einreise und Ausreise“ in abgewandelter Fassung wieder vorgelegt werden soll. Bundesminister Höcherl wurde beauftragt, zunächst alle Aspekte des „Falles Seigewasser“ zu prüfen.

Nach den Beobachtungen der Sicherheitsbehörden des Bundesgebiets reisen gegenwärtig in der Woche durchschnittlich 300 Personen aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik ein. 85 Prozent davon seien Lastkraftfahrer, die innerhalb des Interzonenhandelsabkommens Transporte befördern. Der Rest verteilt sich auf Funktionäre, Journalisten und einige ältere Privatpersonen.

Der hessische Innenminister Schneider (SPD) wird die VVN nicht verbieten. Mit einem solchen Verbot werde der Vereinigung eher ein Gefallen erwiesen, als ihr Schaden zugefügt, sagte Schneider.

# Mit dem Faltboot in die Freiheit

Dramatische Flucht aus der Sowjetzone — Bei Schneesturm über die Ostsee

München (dpa). Hilflos tanzte bei Windstärke fünf auf den Wellen der Ostsee das winzige Faltboot, mit dem vor kurzem der 32jährige Korvettenkapitän Klaus-Joachim Günther und eine Krankenschwester bei eisiger Kälte die Flucht aus der Sowjetzone gewagt hatten. Der Rudergänger des westdeutschen 1600-Tonnen-Motorschiffes „Maja“ rieb sich die Augen und machte seinem Kapitän Meldung. Der Tanker stoppte, drehte bei und nahm die völlig durchgefrorenen Insassen des Faltbootes an Bord.

Die Rettungsaktion hätte keine Minute später erfolgen dürfen, denn während Günther und die Frau auf Deck kletterten, erschien auf Gegenkurs ein sowjetischer Frachter, dessen Kapitän ebenfalls die Maschinen stoppen ließ.

45 Minuten später fischte ein anderes westdeutsches Schiff den 22jährigen Hilfskrankenpfleger Dieter Weiser aus der hochgehenden See, der zusammen mit dem Korvettenkapitän und der Krankenschwester in der Nacht mit einem zweiten Faltboot Dänemark oder Schweden erreichen wollte.

Günther schilderte einem dpa-Vertreter die Vorbereitungen für diese ungewöhnliche Flucht, bei der nur wenig Aussicht auf ein Gelingen bestand:

Der im Mai 1957 zum Korvettenkapitän der sowjetzonalen Seestreitkräfte beförderte Günther begann bereits 1956 an dem sowjetzonalen Regime zu zweifeln. Er war entschlossen, seinen Dienst zu quittieren, und wollte Medizin studieren.

Er nahm an einem medizinischen Vorpraktikum teil und war 1961 Hilfskrankenpfleger beim Bezirkskrankenhaus Stralsund-West. Dort lernte er den exmatrikulierten Studenten Dieter Weiser kennen, der „das Herz auf der Zunge trug“ und — wie die Krankenschwester — bereit war, das fast Unmögliche zu wagen.

Die Flucht erforderte langwierige Vorbereitungen. Günther war ein begeisterter Wassersportler und Besitzer eines Faltbootes. Ein zweites Falt-

boot und andere Ausrüstung wurden gekauft.

Am 2. März war es soweit. Günther fuhr mit Weiser und der Krankenschwester los. Eine halbe Stunde nach Mitternacht waren die Boote im Wasser und



Ein fast aussichtsloser Fluchtversuch glückte ihm. Nach lebensgefährlicher Fahrt in einem Faltboot über die stürmische Ostsee wurde der Korvettenkapitän der sowjetzonalen Marine, Günther, von einem Hamburger Motorschiff aufgefischt.

das große Abenteuer begann. Stunden später stellten die drei fest, daß sie sich parallel zur Küste fortbewegt hatten und änderten den Kurs. Die See ging immer höher.

Gegen vier Uhr früh setzte Schneetreiben ein, und die Flüchtlinge verloren sich erstmals aus den Augen. „Wir hätten die Flucht nicht gewagt, wenn wir gewußt hätten, was uns auf See erwartete“, sagte Günther.

Plötzlich hörte die Krankenschwester die Geräusche eines Schiffes und sah den Tanker. Die Flüchtlinge erlebten bange Augenblicke, als sie am Heck des Schiffes die schwarzrotgoldene Fahne sahen und zuerst dachten, sie hätten ein sowjetzonalen Schiff vor sich.

Günther sagte, daß für ihn der 13. August 1961 den letzten Anstoß für seine Flucht gegeben habe. Der ehemalige Korvettenkapitän, der 1960 im aktiven Dienst zur Vorbereitung des Studiums freigestellt worden war, betonte: „Ein Propagandist, der sich eigene Gedanken macht und äußert, ist schon ein toter Mann.“

Nachdem es in der Zone nicht gelungen sei, bis Ende 1961 die Bundesrepublik wie geplant im Pro-Kopf-Verbrauch zu überbunden, habe man der Bevölkerung weismachen wollen, daß im Oktober 1961 ein Angriff der Bundesrepublik auf die Zone geplant gewesen sei.

## Papst Johannes: Neue Sklaverei

Scharfe Kritik an kommunistischen Ländern — 10 neue Kardinäle

Vatikanstadt (ap). In einem feierlichen Konsistorium hat Papst Johannes XXIII. zehn neue Kardinäle ernannt. In einer überraschenden Ansprache übte der Papst dabei scharfe Kritik an den kommunistisch beherrschten Ländern, die er als weite Gebiete der Welt bezeichnete, in denen „eine neue Sklaverei“ errichtet werde.

Der Papst drückte seine Besorgnis über die Lage der Kirche in einigen Ländern aus, in denen, so sagte er, sie große Opfer tragen müsse und in

denen die menschlichen Grundrechte fehlten. Zugleich äußerte er sich besorgt über die Möglichkeit, daß den Bischöfen der kommunistischen Länder die Teilnahme an dem am 11. Oktober beginnenden ökumenischen Konzil verwehrt werden könnte.

Von den zehn neuen Purpurträgern sind drei Italiener. Die anderen stammen aus Belgien, Spanien, Portugal, Irland, Syrien, Peru und Chile. Mit ihrer Ernennung erhöht sich das Kardinalskollegium auf 87 Mitglieder.